

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung mit
Polizeibeirat im Zentralklärwerk Lübeck**

Sitzungstermin:	Dienstag, 17.06.2025	
Sitzungsbeginn:	16:15 Uhr	
Sitzungsende:	19:09 Uhr	
Sitzungsort:	Zentralklärwerk - Besprechungsraum Schlammentwässerung	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kimberly D`Amico - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Kevin Kleinert - CDU		
Jochen Mauritz - CDU		
Markus Stappen - AfD		
Hülya Tac - CDU		
Frank Zahn - SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
André Marx - SPD		
Peter Schüler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Ute Czech-Samaratunga - SPD		Vertretung für: Herrn Dr. Marek Lengen
Stefan Höfel - Die Fraktion		
Katja Mentz - LINKE & GAL		
Rolf Müller - FDP		
Kirsten Petersohn - SPD		
Paul-Gerhard Röttger - CDU		
Beiratsmitglieder		
Helga Lietzke - Beirat für Senior:innen		nur öffentlicher Teil
Joachim Schulz - Naturschutzbeirat Naturschutzbeirat		nur öffentlicher Teil
Verwaltung		
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung		

Kristin Gercke - 3.030 Fachbereichscontrolling	
Enno Thyen - 3.700 EBL	
Anke Caesar-Kronziel - 3.392 Umweltschutz	nur öffentlicher Teil
Hannes Napp - 3.820 Stadtwald	bis 17:50 Uhr
Thomas Köstler - 3.370 Feuerwehr	
Sven Klempau - Stadtfeuerwehrverband	
Bettina Koch - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	bis 19:05 Uhr
Catharina Vogel - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	von 16:30 Uhr bis 18:20 Uhr
Marianne Lutter - 4.491 Archäologie und Denkmalpflege	von 16:30 Uhr bis 18:20 Uhr
Bernd Olbrich - Polizeidirektion Lübeck	bis 16:35 Uhr
Till Brinkmann - Polizeidirektion Lübeck	bis 16:35 Uhr
Protokollführung	
Julia Matthäus - Fachbereichsdienste FB 3	
Gäste	
Steffen Hamer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Marilla Meier - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen	nur öffentlicher Teil
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Marek Lengen - SPD	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.05.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilung der Vorsitzenden	
3.1.1	Informations-Spaziergang Bartelsholz am 31.05.2025	
3.1.2	Klimaschutzpreis der Sparkassenstiftung	
3.2	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
3.2.1	Schwerpunktthema: Abwasserreinigung und Gewässerschutz	
3.2.2	Eröffnung Naturerlebnisraum Strukbach am 19.07.2025	
3.2.3	Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung	
3.2.4	Klimafonds - Beirat	
3.2.5	Wohnungsbrand in einem Mehrfamilienhaus am 29.05.2025	
3.2.6	Verkehrssicherungsmaßnahmen entlang der Schlutuper Straße	
3.3	Beantwortung von Anfragen	
3.3.1	Antwort auf die Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Sachstand der Pläne zu Klimaschutz, Landschafts- und Freiraumplanung	VO/2025/14176-01
3.3.2	Beantwortung der mündlichen Anfrage AM Müller: Maßnahmen bezüglich der Nutria-Population	
4	Berichte	
4.1	Solarleitfaden	VO/2025/14207
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Einrichtung einer Projektgruppe "Stärkung Zivile Verteidigung und Krisenmanagement"	VO/2025/13874
5.2	Bebauungsplan 02.33.00 - Sportanlage Possehlstraße/Cha-	VO/2025/14214

	rlottenstraße - Satzungsbeschluss	
5.3	Zustimmung zur Wiederwahl des stellvertretenden Stadtwehrführers sowie zur Wahl/Wiederwahl von Ortswehrführungen und stellvertretenden Ortswehrführungen in der Hansestadt Lübeck	VO/2025/14224
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität	VO/2025/14000-01
6.2	BM Lothar Möller: Girls-Cars - Frauen fahren Frauen: Mehr Sicherheit im nächtlichen Nahverkehr	VO/2025/14219
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität	VO/2025/14226
7.2	AM Katja Mentz (GAL): Luftmessungen in Travemünde	VO/2025/14301
7.3	AM Jochen Mauritz (CDU): Ergänzungsantrag zur VO 2025/13874 Einrichtung einer Projektgruppe "Stärkung Zivile Verteidigung und Krisenmanagement"	VO/2025/13874-01
8	Polizeibeirat	
9	Verschiedenes	
9.1	AM Müller berichtet über die Lübecker Aktionstage: "Artenvielfalt Erleben"	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 14. Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Es wird festgestellt, dass die Sitzung fristgerecht einberufen wurde und die Tagesordnung mit der schriftlichen Ladung allen Teilnehmer:innen zugegangen ist.

Die Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Ferner macht die Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Bernd Olbrich, Till Brinkmann für den Polizeibeirat und Herrn Enno Thyen von der EBL und Herrn Ben Colin Matthies.

Des Weiteren teilt die Vorsitzende mit, dass Frau Catharina Vogel und Frau Marianne Lutter zu TOP 4.1 anwesend sein werden.

Die Vorsitzende bittet alle sich zu erheben.

Die Vorsitzende verpflichtet das bürgerliche Ausschussmitglied Herrn André Marx und die anwesenden stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Marilla Meier und Herrn Stefan Hamer mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Zur Tagesordnung:

TOP 7.2 – Antrag: AM Katja Mentz (GAL) Luftmessungen in Travemünde

Die Vorsitzende teilt mit, dass der Ausschuss für diesen Antrag nicht zuständig sei. Auf Nachfrage der Vorsitzenden, ob der Ausschuss über die nicht Befassung abstimmen wolle, zog AM Mentz diesen Antrag zurück.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 7.3: VO/2025/13874-01: AM Jochen Mauritz (CDU): Ergänzungsantrag zur VO/2025/13874 Einrichtung einer Projektgruppe „Stärkung Zivile Verteidigung und Krisenmanagement“

Es wird gebeten, TOP 7.3 gemeinsam mit TOP 5.1 VO/2025/13874 Einrichtung einer Projektgruppe „Stärkung Zivile Verteidigung und Krisenmanagement“ zu behandeln. Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten, TOP 8 Polizeibeirat vorzuziehen und nach TOP 2.1 zu behandeln. Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten, TOP 3.2.5 "Wohnungsbrand in einem Mehrfamilienhaus am 29.05.2025" vorzuziehen und gemeinsam mit dem Polizeibeirat zu behandeln. Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Sie lässt über die Zuordnung des für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

TOP 14.1 - VO /2025/10203 Ersatzbeschaffung von Einsatzfahrzeugen und Ausrüstungsgegenständen im Bereich Brandschutz für die Feuerwehr Lübeck

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Die Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitern im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist.

Der Ausschuss stimmt der Teilnahme von Frau Kristin Gercke, Fachbereichscontrolling, den Mitarbeitern der Feuerwehr, Frau Bettina Koch, UNV und Herrn Enno Thyen, EBL **einstimmig zu.**

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.05.2025

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Mitteilung der Vorsitzenden

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Thyen und seinem Team aus dem Zentralklärwerk Lübeck sowohl für die Führung der Ausschussmitglieder durch das Klärwerk als auch für die organisatorische Unterstützung im Zuge der Sitzungsvorbereitung.

Hierzu spricht AM Müller.

zu 3.1.1 Informations-Spaziergang Bartelsholz am 31.05.2025

Die Vorsitzende berichtet vom Informations-Spaziergang Bartelsholz am 31.05.2025. Zu diesem Spaziergang sei aufgrund der geplanten Stromtrasse des Netzbetreibers Tennet durch das Waldgebiet aufgerufen worden.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.1.2 Klimaschutzpreis der Sparkassenstiftung

Die Vorsitzende informiert über den Klimaschutzpreis der Sparkassenstiftung anhand einer Präsentation aus dem Werkausschuss 12.06.2025. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 3.2.1 Schwerpunktthema: Abwasserreinigung und Gewässerschutz

Frau Caesar-Kronziel und Herr Thyen stellen das Schwerpunktthema: Abwasserreinigung und Gewässerschutz anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Hierzu sprechen, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Mentz, Herr Thyen, AM Müller, AM Zahn, Frau Caesar-Kronziel, Senator Hinsin, AM Schüler, AM Höfel, Frau Koch, AM Mählenhoff.

Die Frage von AM Höfel bezüglich der jeweils zugeordneten Flächen des Zentralkläwerkes und LPA beantwortet Herr Thyen. Senator Hinsin und Frau Koch ergänzen, dass im Hafenentwicklungsplan die EBL berücksichtigt werden müsste. Der diesbezüglich geplante Flächennutzungsplan sei durch die Bürgerschaft zu beschließen.

AM Mentz beantragt, dass der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung zum geplanten Flächennutzungsplan eine Empfehlung für die Bürgerschaft ausspreche.

Empfehlungsvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft zum geplanten Flächennutzungsplan am Zentralkläwer/LPA:

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung setzt sich dafür ein, dass an die Flächen des Zentralkläwerkes (Sibieren) vorrangig für Ver- und Entsorgungszwecke verwendet werden.

Die Vorsitzende lässt über die formulierte Empfehlung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.2 Eröffnung Naturerlebnisraum Strukbach am 19.07.2025

Frau Koch berichtet über den Naturerlebnisraum Strukbach. Die Eröffnung sei für den 19.07.2025 geplant. Eine Save-the-Date Einladung wird der Niederschrift beigelegt.

Hierzu sprechen AM Mentz und AM Mählenhoff.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.3 Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung

Herr Matthies berichtet zum Masterplan Klimaschutz und Kommunalen Wärmeplanung über aktuelle Sachstände zum geplanten Monitoringbericht, zur Gründachförderung und zum Lärmaktionsplan.

Zudem informiert Herr Matthies, dass folgende Veranstaltungen geplant seien:

21.06.2025: Auftakttour zum Stadtradeln

09.07.2025: Tagung des Begleitgremiums zur Kommunalen Wärmeplanung

22.07.2025: Klimaspaziergang im Stadtteil Marli

Zwei Veranstaltungen zum Thema „Photovoltaik“:

10.07.2025: gemeinsam mit der TH Lübeck im Übergangshaus

22.07.2025: gemeinsam mit Herrn Ingo Sell von der Verbraucherzentrale in der Dornbreite

Hierzu redet, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Röttger, Herr Matthies, AM Zahn.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.4 Klimafonds - Beirat

Senator Hinsen berichtet über die aktuelle Zusammensetzung des Klimafonds-Beirates. Eine Aufstellung zur Zusammensetzung wird der Niederschrift beigelegt. Zudem bittet Senator Hinsen die Fraktionen, die noch ausstehenden Benennungen dem „Projektteam Klimafonds“ mitzuteilen. AM Höfel bittet um Prüfung, warum „Die Fraktion“ im Beirat nicht vertreten sei. AM Kleinert sagt, er beabsichtige eine schriftliche Anfrage im Zusammenhang des Klimafonds einzureichen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Anmerkung zur Niederschrift:

Nach Rücksprache mit dem „Projektteam Klimafonds“ und AM Höfel wurde die Fraktion „Die Fraktion“ im Beirat aufgenommen. AM Höfel teilte am 18.06.2025 mit, dass in der Fraktionssitzung der „Die Fraktion“ am 18.06.2025 beschlossen wurde, dass AM Höfel als politischer Vertreter im Klimafonds-Beirat sei. Eine Benennung der Stellvertretung sei zu einem späteren Zeitpunkt geplant.

zu 3.2.5 Wohnungsbrand in einem Mehrfamilienhaus am 29.05.2025

Gemäß TOP 1 werden TOP 3.2.5 und TOP 8 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 8 wiedergegeben.

Herr Olbrich teilt mit, dass in der heutigen Sitzung die Polizei keine weiteren Themen als zu TOP 3.2.5 habe.

Herr Olbrich berichtet über den Einsatz bei einem Wohnungsbrand in einem Mehrfamilienhaus am 29.05.2025. Herr Olbrich gibt bekannt, es seien zwei Opfer geborgen worden. Die Ermittlungen zur Klärung der Brandursache dauern weiter an.

Herr Köstler ergänzt die Ausführungen aus dem Zuständigkeitsbereich der Feuerwehr. Zur Brandbekämpfung seien 110 Einsatzkräfte beteiligt gewesen.

Senator Hinsen bedankt sich bei allen Beteiligten für die Unterstützung. Besonders betont Senator Hinsen das extrem professionelle Zusammenwirken von Berufsfeuerwehr, Freiwilligen Feuerwehr, Landespolizei, Bundespolizei und dem Technischen Hilfswerk auch wenn es aufgrund der Todesfälle ein sehr tragischer Einsatz gewesen sei.

Die Vorsitzende fragt den Ausschuss nach weiteren Fragen.

AM Mauritz fragt, ob vor der Travemünder Woche 2025 eine Besprechung mit allen beteiligten Organisationen zum Sicherheitskonzept geplant sei.

Senator Hinsen teilt mit, dass die Geschäftsordnung eine Mitwirkung der Politik an Aufgaben der laufenden Verwaltung ausschliesse. Ebenso sei es nicht sinnvoll, einsatztaktische Details in größeren Gruppen zu erörtern.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.6 Verkehrssicherungsmaßnahmen entlang der Schlutuper Straße

Senator Hinsen berichtet über die Verkehrssicherungsmaßnahmen entlang der Schlutuper Straße. Hierzu sprechen AM Höfel, AM Mählenhoff, Herr Napp, Frau Koch.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Beantwortung von Anfragen

zu 3.3.1 Antwort auf die Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Sachstand der Pläne zu Klimaschutz, Landschafts- und Freiraumplanung Vorlage: VO/2025/14176-01

Die Vorlage wurde den Ausschussmitgliedern im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. AM Mählenhoff bittet dazu um einen Zwischenbericht in der zweiten Jahreshälfte 2025 im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Anfrage und Antwort zur Kenntnis.

Antwort:

Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) hat für den Hauptausschuss am 08.04.2025 folgende Anfrage zum Sachstand der Pläne zu Klimaschutz, Landschafts- und Freiraumplanung gestellt:

1. Die Bürgerschaft hat am 23.11.2023 beschlossen, den Masterplan Klimaschutz (MAKS) an das Ziel der Klimaneutralität 2035 anzupassen (VO/2023/12779). Welche Anpassungen des MAKS i. S. dieses Beschlusses wurden seit November 2023 erarbeitet und wann werden diese Änderungen der Bürgerschaft und ihren Gremien vorgelegt?
2. Der Klimalandschaftsplan ist ein integraler Input für den (neu vorzulegenden) Flächennutzungsplan. Wann ist mit der Vorlage des Klimalandschaftsplanes in der Bürgerschaft und ihren Gremien zu rechnen?
3. Die Bürgerschaft hat am 23.05.2019 die Erarbeitung eines Freiraumentwicklungsplanes beschlossen (VO/2019/07070). Wann ist mit der Vorlage in der Bürgerschaft und ihren Gremien zu rechnen?

Frage 1.

Die Bürgerschaft hat am 23.11.2023 beschlossen, den Masterplan Klimaschutz (MAKS) an das Ziel der Klimaneutralität 2035 anzupassen (VO/2023/12779). Welche Anpassungen des MAKS i. S. dieses Beschlusses wurden seit November 2023 erarbeitet und wann werden diese Änderungen der Bürgerschaft und ihren Gremien vorgelegt?

Antwort:

Der Erstellung des MAKS war eine umfangreiche Beteiligung auf lokaler Ebene vorausgegangen. Um im Sinne des (o.g.) Bürgerschaftsbeschlusses auszuloten, wie das Ambitionsniveau des MAKS noch gesteigert werden kann, hatte die Klimaleitstelle im vergangenen Jahr Kontakt zu externen Expert:innen im kommunalen Klimaschutz aufgenommen mit dem Ziel, den MAKS evaluieren zu lassen. Ziel war und ist, im MAKS alle kommunalen Einflussmöglichkeiten im Klimaschutz auszuschöpfen.

Dieses Engagement war erfolgreich: Die Klimaleitstelle konnte als Praxispartnerin im Forschungsprojekt „Instrumente für die kommunale Klimaschutzarbeit“ (Ikka) den MAKS evaluieren lassen. Das Forschungsprojekt, welches vom damaligen Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gefördert wurde, ist Ende 2024 ausgelaufen.

Der führende Projektpartner, das Institut für Umwelt & Energie (ifeu), hat eine ausführliche Evaluation des MAKS angefertigt mit den folgenden Ergebnissen:

Insgesamt sind im MAKS sehr umfangreiche Handlungsmöglichkeiten zusammengetragen. Um das Ambitionsniveau noch weiter zu steigern (d.h. alle kommunalen Einflussmöglichkeiten im Klimaschutz auszuschöpfen), sind 38 weitere Aktivitäten empfohlen worden, die sich wie folgt auf die verschiedenen Handlungsfelder und Instrumente beziehen:

Handlungsfeld	Energie & Bau	Land & Boden	Mobilität	Ressourcenschutz
Instrument				
fiskalische Anreize	7	1	3	1
Information	2	6	1	1

Versorgung	9	0	0	0
Grundlagen schaffen	4	0	0	0
Regulierung	1	0	2	0
gesamt	23	7	6	2

Anzahl empfohlener, neuer Aktivitäten je Handlungsfeld (vertikal) und Instrument (horizontal)

Den Schwerpunkt bildet das Handlungsfeld Energie& Bau: Viele der dort genannten Aktivitäten sind bereits in die kommunale Wärmeplanung eingeflossen.

Insgesamt werden die Empfehlungen bei den städtischen Fachkonzepten berücksichtigt und fließen bei der zukünftigen Überarbeitung des MAKs in diesen ein.

Wenn gewünscht, kann die Klimaleitstelle die Empfehlungen im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung präsentieren.

Frage 2.

Der Klimalandschaftsplan ist ein integraler Input für den (neu vorzulegenden) Flächennutzungsplan. Wann ist mit der Vorlage des Klimalandschaftsplanes in der Bürgerschaft und ihren Gremien zu rechnen?

Antwort:

Die Analysepläne des TLP „Anpassung an den Klimawandel“ sind weitestgehend fertiggestellt. Derzeit werden Maßnahmenpläne erstellt, die umzusetzende Maßnahmen in der Fläche verorten.

Aufgrund der Abhängigkeit des TLP Klima vom Fortgang des FNP-Prozesses [und umgekehrt] kann derzeit kein genauer Zeitpunkt für die Vorlage des Vorentwurfs in den städtischen Gremien genannt werden.

Frage 3.

Die Bürgerschaft hat am 23.05.2019 die Erarbeitung eines Freiraumentwicklungsplanes beschlossen (VO/2019/07070). Wann ist mit der Vorlage in der Bürgerschaft und ihren Gremien zu rechnen?

Antwort:

Das Konzept ist in Arbeit und wird voraussichtlich nach der Sommerpause – also zum Herbst 2025 – in den Gremien und der Bürgerschaft vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Anfrage und Antwort zur Kenntnis.

zu 3.3.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage AM Müller: Maßnahmen bezüglich der Nutria-Population

Herr Napp beantwortet die Anfrage mündlich.

Er berichtet unter anderem, dass die Freigabe zur Jagd von Nutria erst seit 2024 erteilt wurden sei. Aus dem Zuständigkeitsbereich des Stadtwaldes sei die Nutria-Population kein Hauptproblem.

Senator Hinsen ergänzt auf Nachfrage von AM Müller, dass auch auf Abfrage aus dem Zuständigkeitsbereich der LPA keine großen Probleme bekannt seien. Weitere Nachfragen aus dem Zuständigkeitsbereich LPA müssten im Bauausschuss gestellt werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Solarleitfaden
Vorlage: VO/2025/14207**

Frau Vogel, Frau Lutter und Herr Matthies stellen den Bericht zum Solarleitfaden anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Hierzu sprechen, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Höfel, Frau Vogel, AM Schüler, Herr Matthies, AM Müller, AM Mauritz.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Bericht:

1. Solarleitfaden

Die gegenwärtige Priorisierung der klimapolitisch gesetzten Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien und den damit zu bevorzugenden Einsatz stellt nicht nur Eigentümer und Eigentümerinnen vor neue Herausforderungen, insbesondere in einer Stadt wie der Hansestadt Lübeck mit ihrem flächenhaften UNESCO Welterbe und der Denkmallandschaft ergeben sich dadurch viele Fragestellungen hinsichtlich des Umgangs, da unterschiedliche Interessen miteinander verknüpft und in Einklang gebracht werden müssen.

Im Zuge der nachhaltigen Stadtentwicklung und der Klimaschutzziele der Hansestadt Lübeck wurde in enger Zusammenarbeit zwischen der Klimaleitstelle, der Denkmalpflege, der Welt-erbeoordination sowie der Stadtbildpflege ein umfassender Solarleitfaden entwickelt. Ziel dieses Leitfadens ist es, eine klare Orientierung für die Installation von Solaranlagen zu bie-

ten, die sowohl die denkmalgeschützten und durch Erhaltungssatzungen geschützten Strukturen als auch die Anforderungen an den Klimaschutz und die nachhaltige Energiegewinnung berücksichtigt.

Mit diesem Bericht wird außerdem auf folgende Beschlüsse reagiert, die in diesem Spannungsfeld in den Gremien gefasst wurden:

2. Beschluss der Bürgerschaft am 28.09.2023 unter TOP 10.5 (VO/2023/12449):

Der Bürgermeister wird aufgefordert, unverzüglich dafür zu sorgen, dass Einrichtungen zur Gewinnung regenerativer Energie auf Dächern wie Photovoltaik, Solarthermie und weitere sowie zukünftige Verfahren - zumindest auf den Flächen, die nicht zum Weltkulturerbe zählen - nicht mehr durch ästhetisch bedingte, antiquierte Bauvorschriften verhindert werden.

3. Beschluss des Bauausschusses am 09.10.2023 unter TOP 4.1 (VO/2023/11897-02):

Die Verwaltung wird aufgefordert bis April 2024 Vorschläge zu unterbreiten, mit dem Ziel die Erhaltungssatzungen zu überarbeiten, um in den jeweiligen Geltungsbereichen, Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Gebäuden leichter zu ermöglichen.

4. Beschluss des Bauausschusses am 09.10.2023 unter TOP 4.2 (VO/2023/11897-03):

Die Bürgerschaft möge den Antrag VO/2023/11897 in folgender geänderten Fassung beschließen:

Der Bürgermeister wird gebeten, alle Erhaltungssatzungen zu evaluieren, ob

- a) der mit ihrem Erlass verbundene Zweck erreicht bzw. noch aktuell ist,
- b) Bestimmungen für Gebäude-Investitionen hinderlich sind, seien sie für die Einhaltung der Klimaziele oder auch aus anderen Gründen (z. B. Aufwertung des Immobilienbestandes) zweckdienlich,
- c) Vorschriften zur Verschlankung oder Reduzierung von Verwaltungsvorgängen entfallen können.

Der Bürgerschaft ist über das Ergebnis der Evaluierung in der Sitzung der Bürgerschaft im September 2023 zu berichten.

5. Anfrage des AM Wisotzki aus der Sitzung des Bauausschusses am 06.05.2024 unter TOP 6.2.8 (VO/2024/13246):

Wie ist der Stand zu VO/2023/11897. Dazu sollten bis April 2024 Vorschläge vorgelegt werden. Die Vorlage zielt auch auf die hier vorliegende Thematik und soll Auskunft darüber geben.

1. Wie viele PV-Anlagen sind seit 2020 pro Gebiet mit Erhaltungssatzung beantragt worden?
2. Wie viele davon wurden genehmigt?
3. Gibt es verwaltungsinterne Kriterien zur Genehmigung/Ablehnung von PV-Anlagen, da die Erhaltungssatzungen sehr allgemein formuliert sind?
4. Wenn ja, wie lauten diese?
5. Wenn ja, sind diese Kriterien seit Inkrafttreten des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 ("EEG") angepasst worden?
Der Gesetzgeber hat der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien ein überragendes öffentliches Interesse zugewiesen
6. Wenn nein, wie wird die Gleichbehandlung der Antragsteller sichergestellt?
7. Wenn nein, sind die Mitarbeiter geschult worden oder ist es geplant, um die neue Gesetzeslage richtig anzuwenden?

6. Anfrage des AM Wisotzki aus der Sitzung des Bauausschusses am 02.09.2024 unter TOP 6.2.3:

AM Wisotzki weist auf eine Anfrage zur Veränderung von B-Plänen, die die Errichtung von PV-Anlagen negieren hin, und bittet um eine Information zum Sachstand.

7. Anfrage des AM Meyer aus der Sitzung des Bauausschusses am 07.10.2024 unter TOP 6.2.1 (VO/2024/13602):

Wie ist der Stand zu VO/2023/11897? Dazu sollten bis April 2024 Vorschläge für Entwürfe der Erhaltungssatzungen vorgelegt werden.

Die Vorlage VO/2023/11897 zielt auch auf die Vereinfachung von energetischen Sanierungsmaßnahmen. Im Zusammenhang hiermit liegt in manchen Stadtgebieten auch der Beschluss VO/2023/12449, nach den Maßnahmen ergriffen werden sollen, die in diesem Sinne einen erweiterten Ausbau oder Nutzung der regenerativen Energien ermöglichen sollen.

1. Wie viele PV-Anlagen sind seit 2020 pro Gebiet mit bestehender Erhaltungssatzung beantragt worden?
2. Wie viele davon wurden genehmigt?
3. Gibt es verwaltungsinterne Kriterien zur Genehmigung/Ablehnung von PV-Anlagen, da die Erhaltungssatzungen sehr allgemein formuliert sind?
 - a) Wenn ja, wie lauten diese?
 - b) Wenn ja, sind diese Kriterien seit Inkrafttreten des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 ("EEG") angepasst worden?
Der Gesetzgeber hat der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien ein überragendes öffentliches Interesse zugewiesen
 - c) Wenn nein, wie wird die Gleichbehandlung der Antragsteller sichergestellt?
 - d) Wenn nein, sind die Mitarbeiter geschult worden oder ist es geplant, um die neue Gesetzeslage umzusetzen?
4. Welche B-Pläne wurden nach dem Beschluss VO/2023/12449 aktiv überarbeitet?

8. Anfrage des BM Schulte-Ostermann aus der Sitzung der Bürgerschaft am 22.05.2025 unter TOP 6.6 (VO/2025/14272)

Wie wurde der Bürgerschaftsbeschluss vom 28.09.2023 der Vorlage VO/2023/12449 umgesetzt?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Einrichtung einer Projektgruppe "Stärkung Zivile Verteidigung und Krisenma-

Gemäß TOP 1 werden TOP 5.1 und TOP 7.3 gemeinsam behandelt. Die Diskussion und jeweilige Abstimmung ist unter TOP 5.1 wiedergegeben.

AM Mauritz teilt mit, dass die VO/2025/13874-01 noch einmal geändert sei. Der aktuelle Änderungsantrag sei unter der VO/2025/13874-01-01 vermerkt. AM Mauritz begründet den Antrag.

Anmerkungen zur Niederschrift:

Folgende Änderungen in der Vorlage VO/2025/13874-01 wurde mündlich behandelt:

Absatz I: streiche: Bürgerschaftssitzung am 26.06.2025, setze: Hauptausschusssitzung am 24.06.2025

Absatz III: streiche: der Leitung des Chefs der Berufsfeuerwehr, setze: dem Bereichsleiter der Berufsfeuerwehr

Absatz IV: streiche Absatz IV, setze: Der bisher geplante Arbeitskreis Zivilschutz soll der AG Feu zugeordnet werden. Die gemeinsame AG möge mindestens drei Mal jährlich tagen und über ihre Erkenntnisse aus Lübeck, dem Land und dem Bund im Ausschuss berichten.

Es sprechen, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, Senator Hinsen, AM Höfel, Herr Köstler, AM Zahn, AM Müller, AM Mentz, AM Kleinert, AM Tac, AM Marx.

Die Vorsitzende lässt über den Ergänzungsantrag unter VO/2025/13874-01 unter Berücksichtigung der Änderungen aus VO/2025/13874-01-01 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Der Ergänzungsantrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Die Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage unter TOP 5.1 abstimmen.

Beschluss:

1. Der Einrichtung einer Projektgruppe „Zivile Verteidigung und Krisenmanagement“ wird zugestimmt. Die Aufgaben der Projektgruppe sind insbesondere die Analyse der bestehenden Strukturen im Zuständigkeitsbereich der Hansestadt Lübeck in der zivilen Verteidigung und im Krisenmanagement sowie die Erarbeitung von Vorschlägen zur Optimierung bestehender und ggf. notwendiger ergänzender Strukturen.

2. Die Projektgruppe wird mit insgesamt vier Vollzeitstellen ausgestattet, von denen jeweils zwei Stellen dem Bereich Feuerwehr und dem Bereich Digitalisierung, Organisation und Strategie (DOS) zugeordnet und neu zu schaffen sind. Die Federführung liegt beim Bereich Feuerwehr. Die haushalts- und stellenplanmäßige Ordnung ist herzustellen. Bis zur Umsetzung im Stellenplan werden die Stellen soweit erforderlich aus dem Stellenpool zur Verfügung gestellt.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich die Annahme der Beschlussvorlage.

zu 5.2 Bebauungsplan 02.33.00 - Sportanlage Possehlstraße/Charlottenstraße - Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/2025/14214

Auf Nachfrage der Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) zum Entwurf des Bebauungsplans 02.33.00 – Sportanlage Possehlstraße/ Charlottenstraße – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus dem vorangehenden Beteiligungsverfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB und die Unterrichtung der Öffentlichkeit nach § 13a Abs. 3 Nr. 2 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 86 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 02.33.00 – Sportanlage Possehlstraße/Charlottenstraße – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplans durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.3 Zustimmung zur Wiederwahl des stellvertretenden Stadtwehrführers sowie zur Wahl/Wiederwahl von Ortswehrführungen und stellvertretenden Ortswehrführungen in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2025/14224**

Hierzu spricht AM Zahn.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1.-Der Wiederwahl von Klaus Cohrs (Freiwillige Feuerwehr Innenstadt) zum stellvertretenden Stadtwehrführer wird gem. § 15 Abs. 3 des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (BrSchG) zugestimmt.

2.-Der Wahl/ Wiederwahl folgender Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren zu Ortswehrführungen bzw. stellvertretenden Ortswehrführungen wird gem. § 11 Abs. 3 des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (BrSchG) zugestimmt.

Zu Ortswehrführungen:

Christoph Kinnert	Freiwillige Feuerwehr Dummersdorf (Neuwahl)
Roman Stödt	Freiwillige Feuerwehr Dänischburg (Neuwahl)
Alexander Bereths	Freiwillige Feuerwehr Innenstadt (Neuwahl)
Florian Schuster	Freiwillige Feuerwehr Siems (Wiederwahl)
Pascal Redder	Freiwillige Feuerwehr Krummesse (Neuwahl)
Dennis Reichert	Freiwillige Feuerwehr Schlutup (Neuwahl)

Zu stellvertretenden Ortswehrführungen:

Stephan Hoffmann	Freiwillige Feuerwehr Moorgarten (Neuwahl)
Oliver Ahnfeldt	Freiwillige Feuerwehr Büssau (Wiederwahl)
Christoph Bartels	Freiwillige Feuerwehr Innenstadt (Wiederwahl)
Martin Gladus	Freiwillige Feuerwehr Siems (Wiederwahl)
Thorsten Bohn	Freiwillige Feuerwehr Israelsdorf (Wiederwahl)
Martin Schubbe	Freiwillige Feuerwehr Krummesse (Neuwahl)
Marcel Möller	Freiwillige Feuerwehr Dänischburg (Neuwahl)
Marcel Roßmann	Freiwillige Feuerwehr Dummersdorf (Neuwahl)
Tobias Pupp	Freiwillige Feuerwehr Genin (Neuwahl)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität
Vorlage: VO/2025/14000-01**

Hierzu sprechen, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Mentz, AM Mauritz und AM Zahn. AM Mauritz beantragt die Vertagung, da die Übersicht der Tätigkeiten der Mitarbeiter:innen der Klimaleitstelle noch nicht vorläge. Senator Hinsen ergänzt, es sei zur nächsten Sitzung dazu ein Bericht beabsichtigt.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Gründung und Einrichtung einer kommunalen Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität zu initiieren.

Damit soll in Lübeck eine Anlaufstelle geschaffen werden, die nach dem Konzept einer „One-Stop-Agency“ aus einer Hand Beratung und Unterstützung anbietet sowie motivierende Beteiligungs- und Informationsformate für Bürger:innen, Unternehmen, Organisationen und Vereine organisiert und lokale Akteur:innen vernetzt.

Bis zur Bürgerschaftssitzung im Juli 2025 soll ein Konzept vorgelegt werden, das den finanziellen Mittel- und Personalstellenbedarf darstellt und Finanzierungsmöglichkeiten durch u.a. Fördermittel aufzeigt.

Sofern umliegende Gemeinden Interesse zeigen, sich an einer Energieagentur zu beteiligen, sollen die Möglichkeiten einer regionalen Ausweitung der Angebote und Aufgaben sowie der erweiterte Personalbedarf aufgezeigt werden.

Einzubindende Gruppen sind weitere Bereiche der Hansestadt Lübeck, Stadtwerke Lübeck, Wirtschaftsförderung Lübeck, Handwerkerschaft, Klima pro Lübeck, Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, Finanzinstitute, Förder- und Finanzierungsexpert:innen, Hochschulen, bestehende Bürgerenergiegenossenschaften und ggf. weitere.

Zukünftige Aufgaben einer Wärme- und Energieagentur:

- Kampagnen zur Wärmewende und zum Klimaschutz für Bürger:innen und im Gewerbe¹ durchführen
- Beratung für Gebäudeeigentümer:innen zur Wärmewende, zu Klimaschutz und Klimaanpassung
- Fördermöglichkeiten für die Energiewende im Gewerbe² und für Bürger:innen³ aufzeigen und bereitstellen
- Information, Beratung und Unterstützung für die Gründung von Genossenschaften als Betreibermodell von Wärmenetzen in Quartieren, die nicht für den Anschluss ans Fernwärmenetz vorgesehen sind
- Projekte entwickeln und umsetzen, wie z.B.
 - (Quartiers-)Befragungen durchführen und Beteiligungsformate entwickeln, die in Kooperation mit Handwerksbetrieben, Energieberater:innen sowie Förder- und Finanzie-

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Hauptausschuss den Antrag abzulehnen.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität
Vorlage: VO/2025/14226**

Hierzu spricht AM Mählenhoff.
AM Mentz beantragt die Vertagung der Vorlage.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.
Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen.

Antrag:

Die Mitglieder des Umweltausschusses beschließen:

1. Gewässerpflegeplan

Die Hansestadt Lübeck erstellt für die Wakenitz und die auf Lübecker Gebiet liegenden Nebenbäche einen Gewässerpflegeplan. Der Pflegeplan soll Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen enthalten, die für die Erhaltung und Entwicklung bestimmter, gefährdeter Pflanzen- und Tierarten und ihrer Lebensräume erforderlich sind. Hierbei sollen auch die Zuflüsse sowie die Ursachen von Schadstoffeinträgen und die Minimierung in Betracht genommen werden.

Naturschutzgruppen, Landwirte, Vereinigung der Wakenitz-Angler e.V., der Kreis Herzogtum Lauenburg, Lübeck Port Authority, die zuständigen Landesministerien Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sollen einbezogen werden, um einen möglichst ganzheitlichen, kreis- und länderübergreifenden Ansatz verfolgen zu können.

2. Monitoring Flora und Fauna

Es wird eine Bestandsaufnahme durch- und ein dauerhaft fortlaufendes Monitoring für Pflanzen und Tiere in dem Lübecker Teil des Naturschutzgebietes eingeführt.

3. Pilotprojekt Schilf

Kurzfristig wird ein Pilotprojekt zur Renaturierung initiiert, und in einem abgegrenzten Untersuchungsgebiet erforscht, wie Schilf wieder dauerhaft an den Ufern angesiedelt werden kann. Damit soll die ursprüngliche Artenvielfalt wieder hergestellt und möglichst erhöht werden.

Bisherige Erkenntnisse, wie z.B. durch das Schilfprojekt der Thomas-Mann-Schule und des offenen Lübecker Labors (LoLa) sowie jahrzehntelange Erfahrungen und Beobachtungen von Lübecker Naturschützer:innen sollen einbezogen werden.

4. Pilotprojekt Renaturierung Niemarker Landgraben

Der Niemarker Landgraben, als Zufluss zur Wakenitz, wird ebenfalls zum Untersuchungsgebiet und Pilotprojekt für eine Renaturierung. Es soll ermittelt und evaluiert werden, wie hoch die Schadstoffeinträge in und über den Niemarker Landgraben in die Wakenitz durch die Landwirtschaft und ggf. die Deponie Niemark sind und mit welchen Maßnahmen diese verhindert oder mindestens minimiert werden können, z.B. durch Einrichtung und Einhaltung eines mindestens zehn Meter breiten Uferschutzstreifens. Als weitere Maßnahme soll geprüft werden, ob der mit Nährstoffen angereicherte Schlamm (u.a. an der Mündung der Grönau), der teilweise eine drei Meter dicke Schicht bildet, in kleinen Teilabschnitten behutsam mit Saugbaggern entfernt und fachgerecht entsorgt werden kann. Auch soll die Einrichtung einer Retentionsfläche innerhalb des Niemarker Landgrabens in Betracht gezogen werden, damit vor Mündung in die Wakenitz verhindert wird, dass abgelagerter Schlamm und darin enthaltene schädliche Stoffe z.B. bei vermehrtem Starkregen in die Wakenitz geschwemmt wird.

5. Personal- und Sachkosten

Für alle oben genannten Maßnahmen ist der zusätzliche Personal- und Sachkostenbedarf bis zur Haushaltssitzung 2026 zu ermitteln und zu benennen. Mit dem Land Schleswig-Holstein und auf Bundesebene ist zu klären, ob Landes- oder Bundesmittel zur Verfügung gestellt bzw. beantragt werden können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt die Beratung der Vorlage zu vertagen.

**zu 7.2 AM Katja Mentz (GAL): Luftmessungen in Travemünde
Vorlage: VO/2025/14301**

Gemäß TOP 1 wurde der Antrag von AM Mentz zurückgezogen.

Antrag:

Um zu erfahren, wie hoch die Belastung durch verschiedene Luftschadstoffe (z.B. Feinstaub, Ruß, Stickstoffoxide, Schwefeloxide...) in Travemünde am Fischereihafen ist, wird eine Messstation aufgestellt. Die Messdaten sollen leicht verständlich öffentlich zugänglich gemacht und regelmäßig vergleichend veröffentlicht werden.

zu 7.3 AM Jochen Mauritz (CDU): Ergänzungsantrag zur VO 2025/13874

**Einrichtung einer Projektgruppe "Stärkung Zivile Verteidigung und Krisenmanagement
Vorlage: VO/2025/13874-01**

Gemäß TOP 1 werden TOP 5.1 und TOP 7.3 gemeinsam behandelt. Die Diskussion und Abstimmung ist unter TOP 5.1 wiedergegeben.

Ergänzungsantrag:

Der Bürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, ob die zwei bisher neu geplanten Stellen für die Feuerwehr und die zwei DOS-Stellen aus dem bestehenden Mitarbeiterpool (Feuerwehr/DOS) rekrutiert werden können und dies bis zur Bürgerschaftssitzung am 26.6.2025 schriftlich zu berichten.

Alle vier Stellen sollen dem Bereich Feuerwehr unterstellt werden.

Der Bürgermeister wird gebeten, sich für eine erweiterte Sicherheitsfreigabe des Zivilschutz-Teams unter der Leitung des Chefs der Berufsfeuerwehr einzusetzen.

Der bisher geplante Arbeitskreis Zivilschutz soll nicht eigenständig laufen, sondern der AG Feu zugeordnet werden. Die gemeinsame AG möge mindestens drei Mal jährlich tagen und über ihre Erkenntnisse aus Lübeck, dem Land und dem Bund im Ausschuss berichten.

zu 8 Polizeibeirat

Gemäß TOP 1 werden TOP 8 und TOP 3.2.5 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.2.5 wiedergegeben.

zu 9 Verschiedenes

zu 9.1 AM Müller berichtet über die Lübecker Aktionstage: "Artenvielfalt Erleben"

AM Müller berichtet über die Lübecker Aktionstage: „Artenvielfalt Erleben“. Nach seiner Wahrnehmung wurde über die Aktionstage zu kurzfristig informiert.

Hierzu sprechen, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, Senator Hinsen, Frau Koch, AM Mählenhoff, AM Höfel.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Die Vorsitzende schließt um 19:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 19:01 Uhr von der Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil teilt die Vorsitzende mit, dass der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung im nichtöffentlichen Teil einen Beschluss gefasst habe.
Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 19:09 Uhr.

Lübeck, den 26. November 2025

Silke Mählenhoff
Vorsitzende/r

Julia Matthäus
Protokollführung